Classe politique

FOTOS: KEYSTONE

Bastien Girod **Hermann Hess**

Bastien Girod, Patriarch, gibt zu Hause den Ton an. «Für einmal einverstanden», twittert der grüne Nationalrat als Kommentar zum Blog seiner Gattin Ellen (chezmamapoule.com). Wer die Natur kenne, der schütze sie, philosophiert sie dort. Darum gehe sie mit ihren beiden Mädchen oft in den Wald. Auch sei sie seit sieben Jahren nicht mehr geflogen, rühmt sich Frau Girod, fügt aber an: «Gut, primär ist das meinem Ehemann zu verdanken, aber dennoch find ich das ziemlich stark von mir.» In der Partei hat er mehr Mühe damit, sich gegen die Frau durchzusetzen: Er unterlag Karin Rykart in der Ausmarchung als Zürcher Stadtratskandidat.

Hermann Hess, Leisetreter, tritt von der politischen Bühne ab. Der Thurgauer FDP-Nationalrat hat bereits nach zwei Jahren in Bern seinen Rücktritt bekanntgegeben – bevor viele gemerkt haben, dass er dort überhaupt angekommen ist. Der Immobilienhändler teilt mit, er wolle sich künftig vermehrt um seine zwei Kinder kümmern, die mit 11 und 13 Jahren in einer wichtigen Lebensphase seien. Im Nationalrat hat der 66-Jährige kein einziges Mal das Wort ergriffen und keinen Vorstoss eingereicht, wie ein Blick in die Geschäftsdatenbank zeigt. Damit hat er die freisinnige Forderung nach Bürokratieabbau in Bundesbern vorbildlich umgesetzt. Diesbezüglich wird es sein Nachfolger schwer haben.

Riskiert Berset die Rentenreform?

Die Abstimmung zur Altersvorsorge steht auf der Kippe. Wechselt Alain Berset das Departement, könnte das die Befürworter entscheidende Stimmen kosten

Stefan Bühler

Eine Woche vor der Abstimmung über die Reform der Altersvorsorge zeichnet sich ein denkbar knappes Ergebnis ab. Das zeigen die neuen Meinungsumfragen von dieser Woche. So wollen laut dem Meinungsforschungsinstitut GfS-Bern nurmehr 51 Prozent der Befragten der Reformvorlage zustimmen; bloss noch 50 Prozent geben an, bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer mit Ja stimmen zu wollen. Vor allem dieser zweite Punkt dürfte den Befürwortern zu denken geben, muss doch die Mehrwertsteuervorlage nicht nur vom Volk, sondern auch von der Mehrheit der Kantone gutgeheissen werden. Kommt das Ständemehr hier nicht zustande, scheitert die Reform insgesamt.

«Wir kämpfen um jede einzelne Stimme», sagen denn CVP-Präsident Gerhard Pfister, der für ein Ja einsteht, und FDP-Präsidentin Petra Gössi, welche die Nein-Kampagne anführt, unisono, «und zwar bis zum letzten Tag».

Vorlage nicht begriffen

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass offenbar ein Teil der Befürworter die abstimmungstechnischen Zusammenhänge der beiden fest miteinander verknüpften Vorlagen nicht verstanden hat. So weist Lukas Golder von GfS-Bern darauf hin, dass insgesamt 12 Prozent der Befragten jeweils nur eine der beiden Vorlagen annehmen wollen.

Dabei zeigen sich zwei Muster: Auf der linken Seite wird zwar die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur finanziellen Sicherung der AHV gutgeheissen. Die eigentliche Reformvorlage, welche die in linken Kreisen umstrittene Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre vorsieht, stösst indes auf Ablehnung. Diese Gruppe macht 6 Prozent aller Befragten aus.

Bei Sympathisanten der CVP sowie der kleinen Mitteparteien ist das Bild gerade umgekehrt: Sie stimmen der Reform und damit dem höheren Frauenrentenalter zu, gemäss den Parolen ihrer Parteien, lehnen jedoch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Dies wohl nicht zuletzt, weil sie die Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken als zu teuer ansehen. Diese sei mit dem Ziel, die Altersvorsorge langfristig zu sichern, nicht vereinbar.

Nebst diesen unentschiedenen Personen, die mit ihrem Stimmverhalten die Vorlage letztlich ablehnen, könnte auch der Vater der Reform selbst, Bundesrat Alain Berset, noch entscheidend zum Absturz des Geschäfts beitragen. Nämlich indem er bei der Departementsverteilung am kommenden Freitag – zwei Tage vor der Abstimmung – das Innendepartement abgibt und ins Aussendepartement wechselt, das nach dem Rücktritt von Didier Burkhalter frei wird. «Nach aussen sähe das nach einer Flucht aus», sagt ein Beobachter, «es entstünde der Eindruck, Berset glaube bei der Altersreform nicht mehr an einen Sieg und verlasse das sinkende Schiff.» Ein Signal, das noch unentschlossene Bürger ins Nein-Lager kippen liesse, befürchten auch verschiedene Reform-Befürworter. Normalerweise dürfte ein solcher Effekt auf das Ergebnis einer Abstimmung keinen Einfluss haben. In einem Kampf um jede Stimme, wenn ein Resultat um die 50 Prozent erwartet wird, können selbst geringe Verschiebungen entscheidend sein: Immerhin rund 10 Prozent der Stimmenden schreiten erst am Abstimmungswochenende an die Urne und stimmen nicht vorher brieflich ab. Sie alle können auf die letzten Entwicklungen reagieren – etwa einen Departementswechsel Bersets.

Bersets Glaubwürdigkeit

Politologe Golder von GfS-Bern gibt keine Einschätzung darüber ab, wie stark Bersets Departementswechsel schaden könnte. Er weist aber darauf hin, dass das Engagement des Sozialministers im Abstimmungskampf bisher eine besonders wichtige Rolle gespielt hat: «Bei den Sympathisanten der Mitteparteien sowie den ungebundenen Stimmbürgern ist die Glaubwürdigkeit Bersets entscheidend», sagt er: «Es ist diese Glaubwürdigkeit, die bei der Basis der CVP sowie den kleineren Mitteparteien bisher für eine Ja-Mehrheit sorgt.» Dies zeige die detaillierte Auswertung der letzten Umfrage. Büsse Berset an Glaubwürdigkeit ein, könne das bei den Mittewählern durchaus Wirkung zeigen, sagt Golder.

KARL-HEINZ HUG / KEYSTONE

Erklärt der Bevölkerung die Rentenreform: Bundesrat Alain Berset im Abstimmungskampf. (Ueberstorf, FR, 13. 9. 2017)

Kantone subventionieren ihre eigenen Spitäler

Eine Studie der Universität Basel zeigt auf, dass der Wettbewerb unter den Spitälern ungenügend ist.

Kathrin Alder

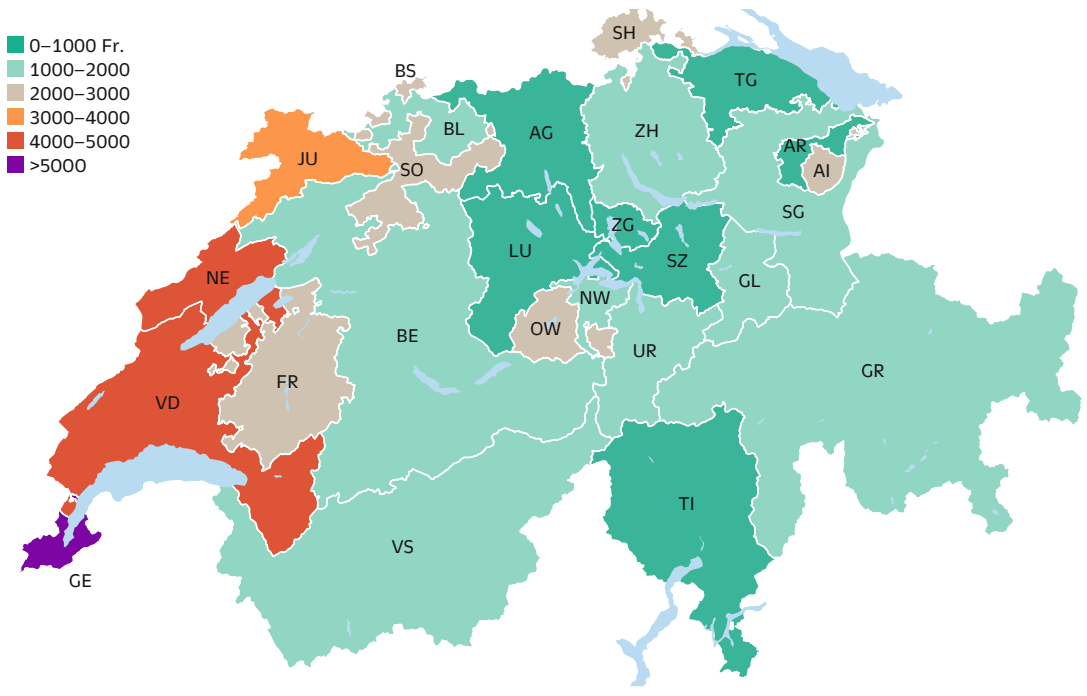
Mehr Transparenz und mehr Wettbewerb zwischen den Spitälern, mit diesem Ziel wurde 2012 die neue Spitalfinanzierung eingeführt. Seither werden die Kosten der Spitäler bei der stationären Behandlung mittels Fallpauschalen gedeckt. Die Vergütung wurde damit einheitlicher, Kantone und Krankenkassen teilen die Kosten untereinander auf, profitieren sollten am Ende Patienten und Steuerzahler – von transparenten und preislich fairen medizinischen Leistungen.

Doch nun zeigt sich: Die Schweizer Spitallandschaft ist in Sachen Transparenz und Wettbewerb noch nicht da, wo sie sein sollte. Eine Studie, die der Basler Gesundheitsökonom Stefan Felder im Auftrag des Verbands «Privatkliniken Schweiz» erstellt hat, kommt zum Schluss, dass die Kantone vor allem ihre eigenen, also öffentlichen Spitäler mit verdeckten Subventionen bevorteilen. Im Jahr 2015 belief sich diese Summe schweizweit auf über zwei Milliarden Franken. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Kantonen riesig: Am grosszügigsten ist der Kanton Genf, der seine Einrichtungen mit Zuschüssen von rund 525 Millionen Franken unterstützt. Pro Fall sind das über 7600 Franken. Am wenigsten bezahlt der Kanton Appenzell Ausserrhoden. Dort belaufen sich die Subventionen auf gut 4 Millionen Franken, pro Fall macht das 297 Franken.

Felder hat diese Zahlen vor Jahresfrist schon einmal ermittelt, allerdings nur für das Jahr 2013. «Die Spitäler waren damals mitten in der Umstellung auf die neue Spitalfinanzierung. Dass es dabei bei der Zuordnung der Kosten und Erträge noch Unklarheiten gab, ist verständlich», sagt Felder. Es gebe allerdings nach wie vor eine Reihe von Spitälern, die auch fünf Jahre nach der Finanzierungsreform Erträge noch nicht richtig ausweisen würden. Dies führe eben zu verdeckten Subventionen.

Wie aber setzen sich diese verdeckten Subventionen zusammen? Laut Felder hauptsächlich aus drei Kanälen: den sogenannten gemeinwirtschaftlichen Leistungen, einem überhöhten Basispreis für medizinische Leistungen und Investitionskosten. Bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die ausschliesslich der Kanton bezahlt, besteht das Problem darin, dass sie nur selten ausgeschrieben werden. Ein Beispiel für eine gemeinwirtschaftliche Leistung ist etwa der Rettungsdienst. Mangelnder Wettbewerb führe nun dazu, dass diese Leistungen zu 97 Prozent von öffentlichen oder subventionierten Spitälern ausgeführt werden. Private kämen hier kaum je zum Handkuss. Beim Basispreis kritisiert Felder insbesondere die Mehrfachfunktion der Kantone. Einerseits sind sie Betreiber von Spitälern oder aber wesentlich an ihnen beteiligt. In dieser Funktion handeln sie mit den Krankenkassen den Basispreis für eine bestimmte medizinische Leistung aus. Andererseits muss der Kanton diesen Basispreis absegnen und ihn im Streitfall sogar in erster Instanz festlegen. Dies führt laut Felder dazu, dass die Basispreise bei öffentlichen und subventionierten Spitälern höher sind als bei den Privaten. Verdeckte Subventionen infolge überhöhter Basispreise haben laut Felder seit 2013 um 15 Prozent zugenommen und betragen rund 450 Millionen Franken. Als dritte Einnahmequelle dienen den Spitälern Beträge der öffentlichen Hand für Investitionen, etwa in Form von Zinsen oder Mieten unter Marktpreisen.

Michael Jordi, Zentralsekretär der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), nimmt die Studie zur Kenntnis und weist gleichzeitig darauf hin, dass sie den neusten Stand der Koordinationsarbeiten der Kantone nicht abbilde. So habe die GDK im April dieses Jahres Empfehlungen verabschiedet, welche die Herleitung der Betriebskosten transparenter machen. Dabei sei klar dargelegt, wie die einzelnen Kostenpunkte ermittelt und ausgewiesen werden müssen. Bei der Festsetzung der Tarife hielten sich die Kantone zudem an die gemeinsam festgelegten Kriterien zur Wirtschaftlichkeitsüberprüfung. «Die Kantone stehen auch unter Spardruck und haben kein Interesse daran, überteuerte Leistungen zu finanzieren», sagt Jordi. Klar sei, dass die GDK mit ihren aktuellen Empfehlungen wesentlich dazu beitrage, dass die in der Studie vorgebrachten Kritikpunkte entkräftet werden können.

Grosszügige Westschweizer Kantone

Gesamtsubventionen nach Kantonen und stationärem Fall